

Dr. Stefan Scheil:

Geschichtspolitik in Deutschland nach 1945

Wie steht es mit dem wissenschaftlichen Anspruch des offiziösen Geschichtsbildes in Deutschland, das als Folge dessen entstanden ist, was wir heute „Geschichtspolitik“ nennen? Eine erste Antwort aus der Perspektive der hier Versammelten kann wohl nur lauten: Es steht nicht gut damit. Wäre das anders, dann würden sich hier wohl kaum so viele Interessenten zusammengefunden haben, um die Weiterführung der ZFI zu begleiten und zu fördern. Wäre es früher anders gewesen, dann wäre die ZFI wohl kaum durch Dr. Schickel und Prof. Diwald begründet worden.

Der Begriff „Geschichtspolitik“ ist relativ neu. Er wird in der Regel Michael Wolffsohn zugeschrieben, dem bekannten Historiker und „streitbaren Intellektuellen“, wie man das so nennt. Die Sache selbst ist so alt wie die überlieferten geschichtlichen Aufzeichnungen. Geschichtspolitik trieben schon die ägyptischen Pharaonen, wenn sie die Wände ihrer Bauten mit Bildern bemalen ließen, auf denen sie als Person in Überlebensgröße über kleinwüchsige, angebliche Barbaren aus allen Himmelsrichtungen triumphierten. Dagegen ist im Prinzip auch kaum etwas einzuwenden. Jede Kultur benötigt und besteht zum Teil auch aus einem bestimmten Vergangenheitsbild, in dem manche Vorgänge erniedrigt und andere erhöht werden.

Eines der Probleme der Deutschen mit der gegenwärtigen Form von Geschichtspolitik besteht natürlich darin, dass sie - um im

Bild zu bleiben - im eigenen Land von der innerdeutschen Geschichtsverwaltung selbst als die kleinwüchsigen Barbaren an die Wand gemalt werden, die von überlebensgroßen Rettern aus dem Westen vor einigen Jahrzehnten von sich selbst befreit worden sind. Wobei die innerdeutsche Verwaltung aus dieser Form der Präsentation ihren eigenen Machtanspruch ableitet und Zweifel an dieser Darstellung mit guter Witterung als gefährlich einstuft. Hier sind wir also nicht viel weiter als am Anbeginn der geschichtlichen Zeiten.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus dem heute formulierten Anspruch an ein Geschichtsbild, wissenschaftlich fundiert zu sein und dazu den Gegebenheiten der Moderne seit der Erfindung des Buchdrucks, der Aufklärung und schließlich der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung zu entsprechen. Ramses II. von Ägypten hatte es nicht nötig, dass seine Hofschreiber ihm regelmäßig bescheinigten, seine Wandmalereien hielten einer historisch-kritischen Analyse stand. Bei Joachim Gauck sieht das anders aus. Der gegenwärtige Bundespräsident treibt bekanntlich seit seinem Amtsantritt eine sehr intensive Geschichtspolitik, an deren Leitsätze die Republik auch mehrheitlich zu glauben scheint. Wissenschaftliche Kritik, die sich bis auf diese Leitsätze erstrecken würde, wird dagegen von den staatlichen Stellen der Bundesrepublik zurückgewiesen und mit dem allgemeinen Begriff des „Revisionismus“ belegt. Wobei Revisionismus nach Auskunft der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) im Prinzip in die Nähe der organisierten Lüge zu rücken ist ...

Was geschieht aber nun mit Fakten, die diesen offiziellen Leitsätzen widersprechen? Hier sind in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig vor allem zwei Vorgehensweisen zu beobachten.

Zum einen besteht die Reaktion, wie bereits gesagt, darin, solche Fakten irgendwie in den Bereich der Unwahrheit zu rücken. Hier gerät es zum Vorteil dieser Strategie, dass im Bereich des Revisionismus tatsächlich auch ein beachtlicher Teil an Personen tätig ist, die ihrerseits einen „gut erfundenen“ Beleg dann als gut genug für seine inhaltliche Verwendung erachtet. Das macht es den Verwaltern des Geschichtsbildes leichter, als es sein müsste.

Die zweite Vorgehensweise wird von Entwicklungen begünstigt, die im Fach Geschichtswissenschaft selbst zu suchen sind. Dort hat sich vor nun schon gut fünfzig Jahren die Ansicht durchgesetzt, es sei aus methodischen Gründen unmöglich, den ursprünglich im 19. Jahrhundert durch Leopold von Ranke entwickelten Anspruch einzulösen, nämlich zu zeigen, „wie es wirklich gewesen“. Die Erkenntnis selbst ist auch nicht falsch. Wenn wir hier aus dem Fenster sehen oder heute morgen Zeitung gelesen haben, wird jeder eine andere Ansicht entwickelt haben, wie es heute „wirklich“ ist. Was für Zeitgenossen gilt, das gilt ebenso für Historiker, die etwas beschreiben, was sie nicht selbst erlebt haben. Es gibt und gab immer viele Wirklichkeiten, von denen nur ein kleiner Teil wissenschaftlich beschreibbar ist. (Obwohl die Historiker insgesamt einen erheblichen Informationsvorsprung haben, jedenfalls gegenüber den meisten Zeitgenossen der Epoche, die sie beschreiben.)

Was aber als richtige Einsicht in die notwendige Beschränktheit geschichtswissenschaftlicher Forschung begonnen hat, hat sich im Lauf der Zeit zu einem grundsätzlichen Problem entwickelt. Aus der Erkenntnis, dass Realität komplex ist und nicht vollkommen beschrieben werden kann, ist im Fach Geschichte vielfach die kaum verdeckte Überzeugung geworden, dass es Realität gar

nicht gibt. Das hat zwei Konsequenzen, nämlich zum einen einen bemerkbaren Unernst, d.h. zum Beispiel einen Reiz, heute diese und morgen jene These zu vertreten. Mit Blick auf die neuere deutsche Zeitgeschichte heißt die Konsequenz, dass nicht mehr an die Möglichkeit geglaubt wird, über den Weg der Recherche und die schließlich Vorlage klarer, beweiskräftiger Fakten den herrschenden Geschichtsmythos wissenschaftlich erschüttern zu können. Aus der Wissenschaft ist ein Spiel mit Glaubensfragen geworden.

Da passt es gut, dass das Motto des diesjährigen Historikertages in Hamburg im September tatsächlich der Begriff „Glaubensfragen“ sein wird. Damit ist nicht gemeint, dass es dort vorwiegend um Religion gehen soll und gehen wird. Wie immer ist der Historikertag in einen bunten Strauß sogenannter Sektionen unterteilt, die sich in der Regel über drei Zeitstunden mit sehr verschiedenen Aspekten von Vergangenheit beschäftigen. Es werden im Prinzip alle zeitlichen Epochen und Räume abgedeckt. Was dabei im einzelnen tatsächlich mit ins Programm kommt und auf welche Art und Weise es präsentiert wird, das ist dann aber natürlich immer ein Spiegelbild des gegenwärtigen Zustands des Fachs, der Gesellschaft und dessen, was sie gerade für aktuell hält. Ich nenne einmal ein paar symptomatische Sektionstitel aus dem Bereich der Zeitgeschichte, die uns hier schließlich besonders interessiert:

- Die gesunde Gesellschaft als Glaubensfrage – Zur Pathologisierung des Sozialen in der Moderne (Hier geht es u.a. um Anklage von „Müßiggängern“ und „Faulen“)
- Zukunftswissen und Zukunftsglaube – Zur Geschichte der Prognostik und Zukunftsexpertise im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts

- Der Glaube an die Nation - Zivilreligion in den USA und Deutschland (Die angekündigten Beiträge befassen sich fast ausschließlich mit den Verhältnissen in den USA. Der einzige Beitrag zu Deutschland geht der Frage nach, ob hierzulande die Zivilreligion auch der Integration dient.)
- Geschichte als Gegenwartsreligion? (Dieser Titel ist mit Fragezeichen versehen und enthält einige originelle Fragen über „Geschichtstourismus als Pilgerreise“)
- Schließlich gibt es auch Sektionen zum Nationalsozialismus, etwa:
 - Hitler – eine Historische Vergewisserung (Hier geht Historiker-Prominenz, darunter Andreas Wirsching, der Direktor des IfZ, im Rahmen einer zweistündigen Podiumsdiskussion verschiedenen nicht näher bezeichneten Aspekten nach)
 - oder: Nürnberg, 70 Jahre danach, oder: Der Glaube an das Völkerrecht (Diese Sektion ist insofern interessant, als in den angekündigten Beiträgen auch detailliert nach den Schwierigkeiten der Begründung des Nürnberger Rechts, also des Londoner Statuts gesucht werden soll. Das ist eine Ausnahme.)

Was gibt es nicht auf dem Historikertag, und zwar deshalb nicht, weil das Fach das Interesse daran verloren hat?

Es gibt zum Beispiel keinerlei Militärgeschichte. Nicht einmal ansatzweise wird präsentiert oder diskutiert, was in diesen Bereich fällt, als da wären z.B. der Ablauf und die Ursachen für die Entscheidung bestimmter Feldzüge oder Schlachten. Zusammenhänge zwischen Waffentechnologie, Produktionskapazitäten und politischen Entscheidungen? Sie sind kein Thema. Das hat Folgen. Immer wieder findet man zum Beispiel bei jüngeren Kollegen die Redewendung, Frankreich sei 1940 von Deutschland

„besetzt“ worden. Über einen der spektakulärsten Feldzüge Europas breitet sich selbst unter Fachleuten die Vergessenheit aus. Auch darüber, wie das so ist, im Krieg. In einer Dissertation zum Thema Soldatentum beklagte neulich ein Doktorand, es sei bei der Wehrmacht tatsächlich vorgekommen, dass auf angreifende russische Soldaten ohne Vorwarnung geschossen wurde.

Oder: Gerade jetzt wieder aktuell durch das Buch des Kollegen Militärhistorikers und früheren Generalmajors der NVA Bernd Schwipper: „Deutschland im Visier Stalins“: Die Frage nach der Angriffsabsicht der Roten Armee im Sommer 1941 wird darin noch einmal umfassend und gut dokumentiert mit Ja beantwortet. Es ist völlig undenkbar, dass eine solche wissenschaftliche Untersuchung an den Historischen Instituten der Bundesrepublik Deutschland entstehen und/oder auf dem Historikertag diskutiert werden könnte. Hier könnte man wieder Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker am Werk sehen, der bei einem Besuch im Militärgeschichtlichen Forschungsamt zu seiner Amtszeit Mitte der 1980er Jahre gesagt haben soll: „Selbst wenn der Angriff auf Russland 1941 ein Präventivkrieg gewesen sein soll, so darf darüber nicht öffentlich gesprochen werden“. Man sieht, die Pharaonen von heute haben eben ein Problem mit den möglichen Ergebnissen von wissenschaftlichen Forschungsinstituten, die sie zur Tarnung ihrer mythischen und sinnstiftenden Geschichtsdeutung als alternativlose Wahrheit beschäftigen müssen. Offiziell leben wir schließlich immer noch in einer aufgeklärten Gesellschaft.

Richard von Weizsäcker ist ja besonders wegen seiner Rede zum 8. Mai 1985 geschichtspolitisch bekannt geworden, als er die Behauptung, Deutschland sei 1945 befreit worden, vierzig Jahre nach Kriegsende ins Zentrum der offiziellen Geschichtspolitik

gehoben hat. Also dorthin, wo sie heute noch steht. Das ist vier lange Jahrzehnte nach den Ereignissen gewesen, wie man bemerken wird. Diese Ansicht ist also keine direkte Folge der unmittelbaren Nachkriegszeit und der damals einsetzenden Umerziehung durch die Siegerstaaten. Sie ist ein deutsches Eigenprodukt (so weit man in diesem politisch wie intellektuell wenig souveränen Land von Eigenprodukten sprechen kann). Weizsäckers Aktivitäten standen am Beginn einer geschichtspolitischen Großoffensive, zu der auch der bekannte Historikerstreit zählte, die sich nach der Vereinigung 1989/90 noch einmal beschleunigte.

In der Öffentlichkeit lautet die entsprechende Phrase dann in der Regel etwas harmloser, man wolle die Vergangenheit nicht relativieren. (Als ob nicht alles, was je auf der Welt gewesen ist oder sein wird, relativ wäre). Unter diesen Vorgängen ist denn auch die Erforschung dessen außer Mode geraten, was bestimmte Personen zu bestimmten Zeiten gedacht, geplant, gesagt und getan haben. Klassische Diplomatiegeschichte finden Sie auf den Historikertagen der Republik ebenfalls schon seit Ewigkeiten nicht mehr. Unter anderem für solche Fragen hatte das Militärgeschichtliche Forschungsamt ein „Deutsches Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs“ eingerichtet. Das war der deutsche Ableger einer Gemeinschaft von internationalen Komitees. Im Sommer 2015 hat er sich aufgelöst, als ob es dort nichts mehr zu forschen und zu vertreten gäbe.

Übrigens treffen diese Verhältnisse nicht nur auf den Bereich des Zweiten Weltkriegs zu, sie betreffen auch nicht nur Deutsche. Man erinnere sich an das Jahr 2014. Auch damals fand der im zweijährigem Rhythmus zirkulierende Historikertag statt. Die öffentliche Debatte im ganzen Land kreiste um „100 Jahre Erster

Weltkrieg“. Ich selber habe mir erlaubt, Veröffentlichungen aus den 1920er Jahren neu herauszugeben, in denen die Hauptverantwortung der späteren Siegerstaaten schon eindeutig nachgewiesen war. Aber auch neue und sprechende Veröffentlichungen wurden dazu vorgelegt, in Deutschland schon kurz vorher von Konrad Canis, der das Deutsche Reich als einen unter dem Druck der Verhältnisse getriebenen Staat schilderte. Dann folgte im Jahr 2014 von Sean McMeekin meines Erachtens das beste Werk zum Thema über die „russischen Ursprünge des Krieges“, also den Ersten Weltkrieg als wesentlich russischen Versuch, über Berlin in Richtung Istanbul zu marschieren.

Schließlich landete der gebürtige Australier Christopher Clark mit den „Schlafwandlern“ einen Überraschungscoup, der allerdings die Neigung hatte, die Initiativen gleich zu gewichten. Vielleicht kam das dem heutigen Zeitgeist am meisten entgegen. Bei Clark ist 1914 niemand so richtig für irgendwas verantwortlich gewesen. Eine Viertelmillion Exemplare wurden verkauft.

Was sagte der damalige Historikertag dazu? Gar nichts sagte er dazu. Er fand damals in Göttingen statt unter dem Motto „Gewinner und Verlierer“. Das Thema Erster Weltkrieg war in der Tagesordnung nur am Rand vorgesehen. Erst der ausnahmsweise erreichte Druck der Öffentlichkeit, als Christopher Clark zeitweise durch alle Feuilletons und sämtliche Fernsehsender gereicht wurde, führte dazu, dass dann kurzfristig eine Veranstaltung arrangiert wurde. Eine Podiumsdiskussion zwischen Clark und Gert Krumeich fand statt. Krumeich gehört zu denen in Deutschland, die die Hauptverantwortung trotz aller gegenteiligen Beweise doch unverdrossen dem deutschen Kaiserreich zuschieben. Zu einer Kontroverse kam es trotzdem nicht. t. Beide, Krumeich

und Clark, demonstrierten Einigkeit. Alle Versuche des tapferen Moderators, die extrem auseinanderliegenden Positionen in einer klaren Diskussion darzulegen, scheiterten. Es wurde ein nettes Kaffeekränzchen. Danach ging die Schuldlobby unter den deutschen Historikern sofort daran. Clark und Co. mit allen verfügbaren Methoden der List, der Intrige und des Totschweigens vergessen zu lassen.

Das führt zurück zur Frage nach dem Verhältnis von deutschem Zeitgeist und wissenschaftlichem Anspruch des Geschichtsbildes. Abgesehen von den Einflüssen der bewussten Geschichtspolitik gilt es festzuhalten, dass der deutsche Zeitgeist die argumentative Auseinandersetzung nicht schätzt. Man sucht in der Geschichte die Erbauung, das Richtige zu über sie zu wissen und den wohligen Schauer, von den früheren Zeiten weit entfernt und ihnen gegenüber sowieso moralisch überlegen zu sein. Ein Hinweis darauf, dass die eigene Einbildung über das, was z.B. im 20. Jahrhundert geschehen sei, an bestimmten Stellen falsch ist, wird allgemein als unhöflich empfunden. Der deutsche Zeitgeist schätzt präzise Diskussionen, Quellenkenntnis und Geistesgegenwart in diesen Dingen derzeit nicht.

Hinter dieser Haltung verstecken sich dann die Gesänge der offiziellen Geschichtspolitik aufs beste. Nicht zu vergessen: Im Fach Geschichte wie in der offiziellen Geschichtspolitik verstärken sie sich auch permanent selbst. Schon im Privatleben kennt man das Phänomen. Niemand gibt gern zu, dass er sich geirrt hat. Er wird eine lange vertretene Ansicht immer schon deshalb tendenziell weiter verteidigen, weil er um sein Ansehen fürchtet. Natürlich hätten die Posteninhaber in den Hochschulinstituten und die reisenden Geschichtsbewältiger für sich persönlich erhebliche Pro-

bleme mit einer Änderung des Geschichtsbildes. Sie haben deshalb überhaupt kein Interesse daran, ihre bisherigen Fehler nun einfach einzugestehen. Auch ist es gar nicht leicht, aus manchen Erkenntnissen direkt politische Folgerungen zu ziehen. Nehmen wir nur einmal an, es spräche sich herum, dass 1914 nicht das deutsche Kaiserreich am Krieg interessiert war und international gesehen auch kaum „schlafgewandelt“ wurde, sondern ein unprovoked und lange verdeckt vorbereiteter Angriffskrieg auf Deutschland stattgefunden hat. Damit ist die Aufgabe, wie diese Einsicht ins gemeinsame Geschichtsbild mit den Nachbarn einfließen und nach innen wie nach außen hin vertreten werden könnte, noch lange nicht gelöst.

Das kann natürlich auch einmal wieder anders werden. In jedem Fall sind diese Verhältnisse ein Ansporn für ein Unternehmen wie die ZFI. Ohne private Initiative geht es auch hier nicht voran. Die gesellschaftliche und politische Bewegung, die sich derzeit allgemein in Deutschland abspielt, besonders im parteipolitischen Bereich, zeigt einerseits noch einmal die geschlossene Front der Etablierten. Andererseits wird hier sichtbar, dass mit Mut und Wille auch gegen diesen Zustand etwas erreicht werden kann. Der Zeitgeist ändert sich. So ist es denn nicht ausgeschlossen, dass die Zeitgeschichtliche Forschungsstelle einen Teil dazu beitragen kann, dass das offizielle Geschichtsbild in Deutschland wieder einem wissenschaftlichen Anspruch gerecht werden wird – und zwar dem einer Geschichtswissenschaft, die sich selbst und die Realität wieder ernst nimmt.



Dr. Stefan Scheil (Jahrgang 1963):
Promotion 1997 in Karlsruhe über den politischen Antisemitismus im kaiserlichen Deutschland. Zahlreiche Buchveröffentlichungen dazu und zu den internationalen Beziehungen in der Weltkriegsära, u.a. eine Biografie über Joachim von Ribbentrop. Freier Autor u.a. für „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Junge Freiheit“.